



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Information

Potsdam, 06.03.2013 (szT)

**Bericht des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
in der Stadtverordnetenversammlung am 6. März 2013**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie heute über folgende Themen informieren:

- „Tag von Potsdam“
- Wettbewerbsergebnis für den Brauhausberg
- Gespräch mit den Nachbargemeinden zum Verkehr
- Archiv

„Tag von Potsdam“

Am 21. März dieses Jahres jährt sich zum 80. Mal der so genannte „Tag von Potsdam“. Dieser Tag verbindet uns bis heute schmerzlich mit den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Deshalb sind wir auch in besonderer Weise verpflichtet, dieses Tages zu gedenken.

Wir haben uns dazu entschieden, im Schatten dieses Datums eine Reihe von Veranstaltungen durchzuführen oder zu unterstützen, die sich mit diesem Ereignis in Potsdam beschäftigen oder unser heutiges Engagement gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unterstreichen.

Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzuhaben. Das Programm haben wir Ihnen hier heute ausgelegt.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch etwas zur Gedenkkultur in Potsdam zu sagen: Wir haben die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Erinnerung an begangene Verbrechen immer als gemeinsame Aufgabe von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft verstanden.

Umso erfreulicher finde ich, dass seit 1990 in Potsdam die Erinnerungs- und Gedenkkultur von ehrenamtlich arbeitenden Initiativen, von politisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von Schülerprojekten und zahlreichen Vereinen und Verbänden getragen wird und damit besonders facettenreich ist.

Dennoch wurde immer wieder ein städtisches Gedenkkonzept in Potsdam vermisst, eine Richtschnur für die Frage, an welchen Tagen wo gedacht werden kann oder werden soll.

Angesichts der Bandbreite und der thematischen Vielfalt sowie einer Vielzahl von Akteuren, die das Gedenken in Potsdam aktiv gestalten, waren wir der Meinung, dass ein Konzept zum Erinnern und Gedenken nur in einem öffentlichen und transparenten Diskussionsprozess zustande kommen kann.

Ziel des Diskurses ist es, gemeinsam Leitlinien für eine demokratische Erinnerungskultur in Potsdam zu entwickeln.

Einen ersten Schritt haben wir im vergangenen Dezember getan: Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Verbänden und Stadtfraktionen diskutierten wir die Frage, wie das Gedenken zukünftig in Potsdam aussehen kann.

Klar formuliert wurde von allen Beteiligten der Auftrag an die Landeshauptstadt, am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust mit einer eigenen Gedenkveranstaltung aktiv zu werden.

Für die Frage, wie weitere Schritte aussehen können, schlugen wir ein Beteiligungsverfahren vor, das wohlwollend aufgenommen und unterstützt wurde.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken.

In einem zweiten Schritt haben wir an über 120 Akteure einen Fragenkatalog verschickt, um die systematische Bestandsaufnahme zur Gedenkkultur anzustoßen. Darüber hinaus haben wir auch die Potsdamerinnen und Potsdamer, die nicht in Vereinen, Parteien oder Verbänden organisiert sind, eingeladen, sich an der Debatte zu beteiligen und uns dabei zu unterstützen.

Die Stellungnahmen werden noch bis zum 11. März entgegengenommen und auf unserer Internetseite „gedenkkonzept-potsdam.de“ veröffentlicht.

In einem dritten Schritt werden wir die eingegangenen Stellungnahmen, Ideen und Vorschläge zusammenfassen und auf unserem Werkstattgespräch am 26. März 2013 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte präsentieren und erneut zur Diskussion stellen, um ein städtisches Gedenkkonzept zu entwickeln.

Ich lade Sie hiermit herzlich dazu ein.

Wettbewerbsergebnis für den Brauhausberg

Ein weiteres Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der städtebauliche Wettbewerb am Brauhausberg. Einige von Ihnen waren am vergangenen Freitag unserer Einladung gefolgt, als die Jury getagt und aus insgesamt 14 Entwürfen in einer etwa 12-stündigen Preisrichtersitzung den besten Entwurf ausgewählt hat.

Das Ergebnis kann sich meines Erachtens sehen lassen. Einstimmig – und das kommt auch nicht alle Tage vor – hat sich die Jury für einen Entwurf

entschieden, der nun die Grundlage für weitere Planungen in dem städtebaulich wichtigen Areal bildet.

Am Fuß des Brauhausberges, also zwischen Leipziger Dreieck und Max-Planck-Straße, soll das neue Sport- und Freizeitbad entstehen.

Damit haben wir endlich Planungssicherheit für das weitere Verfahren.

Im oberen Bereich des Brauhausberges ist eine lockere Wohnbebauung geplant, in dem nach Entwürfen der Planungsgemeinschaft 176 Wohnungen entstehen könnten.

Die wichtigen Details bei der Planung sind beachtet worden:

- Der Kaiser-Wilhelm-Blick vom Brauhausberg auf die Stadt bleibt frei,
- der Blick auf die Stadt bleibt erlebbar,
- und der Blick vom Leipziger Dreieck hoch zum heutigen Landtag ist bei diesem Entwurf ebenfalls als Sichtachse erhalten.

In den vergangenen Tagen gab es Diskussionen um die Abgrenzung des Bad-Außenbereiches zur Kreuzung.

Pergola oder nicht, hohe Pergola oder lieber etwas anderes. Eine andere Frage war: zu dichte Wohnbebauung oder verträgliche Einordnung in den grünen Hang.

Darüber kann lebhaft gestritten werden. Aber eines möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich betonen: Am Freitag ist nicht über den Architekturentwurf der Wohnbebauung entschieden worden und auch nicht über das Aussehen bzw. die Fassadengestaltung des neuen Sport- und Freizeitbades.

Es ist allein die stadträumliche Einordnung geklärt, in welchen Bereichen Wohnungen und in welchem das neue Schwimmbad entstehen soll und wie diese in den Stadtraum eingeordnet werden sollen. Damit ist nur die Grundlage für weitere Planungen gelegt.

Die Stadtwerke als Bauherr des neuen Sport- und Freizeitbades führen unmittelbar einen Realisierungswettbewerb durch, an dessen Ende dann auch die Architektur bzw. die Gestaltung des Schwimmbades sowie der einzelnen Komponenten feststehen sollen. Das wird im Herbst dieses Jahres der Fall sein.

Am 22. März wird die Auslobung des hochbaulichen Wettbewerbs beginnen. Wie Sie wissen, stehen wir unter Zeitdruck. Wir wollen uns an den mit Ihnen verabredeten Zeitplan halten. Ende 2016 soll das neue Bad eröffnen. Das heißt aber auch, jetzt, nach dem Vorliegen der Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs nicht eine Pause zu machen. Dies schließt natürlich nicht aus, in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis zu diskutieren.

Die Bauverwaltung wird die Planungen für den entsprechenden Bebauungsplan wieder aufnehmen und das Ergebnis des Wettbewerbs als Grundlage verwenden.

Mitte dieses Jahres soll die Stadtverordnetenversammlung dann erneut mit dem B-Plan befasst werden.

In diesem Zusammenhang kann die Zukunft des Minsk auch noch einmal thematisiert werden. Das Wettbewerbsergebnis lässt diese Frage offen.

Gespräch mit den Nachbargemeinden zum Verkehr

Gestern fand ein Gespräch mit unseren Nachbargemeinden Werder, Schwielowsee, Michendorf und Nuthetal sowie dem Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark über die Verkehrsbeziehungen und die Verkehrssteuerung zwischen der Landeshauptstadt und ihrem Umland statt.

An dem Gespräch nahmen auch die Ortsvorsteher von Fahrland, Neu Fahrland und Groß Glienicke teil.

Dabei wurde den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die in der Landeshauptstadt mit Hilfe des Landes Brandenburg installierte umweltorientierte Verkehrssteuerung noch einmal erläutert und der vorläufige Evaluationsbericht vorgestellt.

Außerdem nutzten wir die Gelegenheit, um die Grundzüge des derzeit in der Aufstellung befindlichen Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr zu erläutern.

Damit soll der Dialog über diese Themen zwischen der Landeshauptstadt und ihren Nachbargemeinden wieder intensiviert und das gegenseitige Verständnis gefördert werden.

Die Umweltorientierte Verkehrssteuerung allein kann die Verkehrsprobleme Potsdams und seiner Nachbargemeinden nicht lösen. Vielmehr wurde diese installiert, um die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid in Potsdam einzuhalten.

Die langfristige Lösung der Verkehrsprobleme soll auf der Grundlage einer nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplanung erfolgen. Ansätze hierfür bieten das Stadtentwicklungskonzept Verkehr sowie der Nahverkehrsplan mit konkreten Zielen, Handlungsfeldern und Maßnahmen.

Weiterhin bin ich davon überzeugt, dass eine Änderung des Mobilitätsverhaltens der Potsdamerinnen und Potsdamer sowie der Bewohner der Nachbargemeinden unabdingbar ist, um eine Reduzierung der Verkehrs- und Luftbelastung zu erreichen. Daher hatten wir dem Landkreis Potsdam-Mittelmark vorgeschlagen, eine gemeinsame Mobilitätsagentur zu gründen.

Das gemeinsame Gespräch wurde genutzt, um mit den Nachbargemeinden über Instrumente ins Gespräch kommen, wie die verkehrstechnischen Verknüpfungen optimiert werden können.

Konkret verabredet wurden folgende Punkte:

1. Es soll sich prioritär mit dem Thema B2 bzw. Zeppelinstraße befasst werden, da dort der höchste Handlungsbedarf besteht. Die Verwaltungen werden die Taktzeiten der Buslinien, die Möglichkeit von Busspuren innerhalb und außerhalb der Stadt sowie die Ausweitung des Park&Ride am Bahnhof Pirschheide untersuchen.
2. Gemeinsam wollen wir uns mit den Nachbargemeinden in Zukunft stärker abstimmen bei Forderungen gegenüber dem Land, auch im Zusammenhang mit den Beratungen der Landeshauptstadt in der IMAG zum Stadtentwicklungskonzept.
3. Wir wollen beim Radverkehrskonzept kooperieren, um Radschnellwege über Potsdams Stadtgrenzen hinaus zu etablieren.
4. Die Stadtverwaltung wird in den Gremien der Nachbargemeinden für das Potsdamer Verkehrskonzept werben und dort auch die umweltorientierte Verkehrssteuerung erläutern.
5. Wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft auf Fachebene gründen, die sich mit der Verkehrsproblematik auseinandersetzt. Und
6. Wir schlagen Ihnen vor, dass sich die Bau- und Verkehrsausschüsse von Potsdam und Potsdam-Mittelmark treffen, damit die gemeinsamen Aktionen auch Ihnen als Politik erläutert werden können.

Das Gespräch gestern war sehr konstruktiv und ich denke, dass wir mit den von mir eben skizzierten Vorschlägen den Faden der Zusammenarbeit zwischen Potsdam und unseren Nachbargemeinden beim Thema Verkehr neu aufgenommen haben.

Archiv

Die Stadtverwaltung ist weiterhin im Rahmen intensiver Gespräche mit Vertretern des Archivs e.V. bemüht, eine konstruktive Lösung zur Schließung der temporären Finanzierungslücke zu finden.

Dies beinhaltet nach dem jetzigen Stand der Dinge eine auf das Mindestmaß verkleinerte Brandschutzsanierung, um die zur Verfügung stehenden Gelder vorrangig dafür einzusetzen.

Der Betrieb, wenn auch eingeschränkt, soll schnellstmöglich wieder aufgenommen werden können, um so dem Archiv e.V. ein aktives Vereinsleben und auch das Generieren von Einnahmen zu ermöglichen.

Bei der notwendigen Lüftungsanlage, die auch in der Anfrage von Frau Bankwitz erwähnt wird, handelt es sich nicht um eine aufwendige Anlage, sondern um eine Mindestanforderung. Diese ist Bestandteil der im Februar 2011 erteilten Baugenehmigung und muss bei der abschnittswisen Umsetzung der Maßnahmen ebenso abschnittsweise umgesetzt werden.

Die Gespräche mit dem Archiv laufen noch. Wir haben im Hauptausschuss sicher Gelegenheit über Ergebnisse zu berichten, wenn diese vorliegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“